

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	31. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	15. November 2016, 09:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Auszug aus dem Protokoll

(...)

Anträge Nrn. 55 – 56 (S. 173): Keine Erhöhung der Elternanteile für Schüler Mittagessen an Ganztagsgrundschulen (SPD, Die Linke)

Stadträtin Moser (SPD): Die Elternanteile für das Mittagessen an Ganztagschulen sollen ab dem Schuljahr 2017/18 auf 4 Euro und ab dem Schuljahr 2019/20 auf 4,10 Euro auf einer kalkulatorischen Basis von 3,50 bzw. 3,60 Euro erhöht werden. Die SPD setzt sich für Bildung ein. Dies darf beim Mittagessen nicht aufhören. Neben dem Bildungsangebot ist eine regelmäßige warme Mahlzeit für alle Schülerinnen und Schüler, die sich alle Eltern leisten können, wichtig. Diese Erhöhung bedeutet für viele Eltern, insbesondere für Geringverdiener, die knapp über dem Satz von ALG II sind und Alleinerziehende sowie Familien mit mehreren Kindern, eine erhebliche Belastung. Immer mehr Kinder wachsen in Elternhäuser auf, wie wir wissen, für die eine solche Belastung eine Härte darstellt. Bücher, Lernmaterialien, Ausgaben für die ScoolCard, Klassenausflüge, sonstige Schulveranstaltungen, die Liste ließe sich weiter vervollständigen, summieren sich für die Eltern schnell auf 50 bis 100 Euro zusätzlich für eine Familie mit zwei Kindern. Eine pauschale Erhöhung der Entgelte für Mittagessen an den Schulen im Rahmen des Haushaltsstabilisierungsprozesses ist ein falsches Signal. Wir lehnen dies ab.

Stadträtin Meier-Augenstein (CDU): Meine Fraktion hat sich bei diesem Punkt schon im Vorfeld schwergetan, als wir in den Vorberatungen im Ausschuss waren und auch im Gemeinderat, weil es einfach unser Anspruch ist, wir haben das auch in mehreren Wahlprogrammen der CDU festgeschrieben, dass jedes Kind ein warmes und gesundes Mittagessen bekommen soll. Deswegen ist es uns nicht leichtgefallen, dass wir bei diesem Vorschlag im ersten Maßnahmenpaket mitgegangen sind. Zwischenzeitlich haben wir dazu unsere Meinung geändert. Das sage ich hier ganz offen und ehrlich. Wir gehen heute den Antrag der SPD mit und stimmen der Erhöhung des Beitrags für das Mittagessen nicht weiter zu. Wir wissen, dass es viele private Initiativen gibt in unserer Stadt, die zum Glück den Familien helfen, die schon jetzt das Mittagessen nicht bezahlen können, ich denke da an diese M13 oder auch an den Karlsruher Kindertisch. Wir haben jetzt auch wieder gehört, dass die Zahl der Kinder, die diese privaten Hilfen in Anspruch nehmen, weiter zunimmt. Deswegen wollen wir heute eben den Betrag nicht weiter erhöhen, sondern wollen beim bisherigen Elternbeitrag bleiben und bitten dafür

auch für unsere Meinungsänderung um Verständnis. Es war ein Prozess, der sich in unserer Fraktion da auch vollzogen hat. Dazu stehen wir jetzt heute einfach.

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Ich freue mich über diesen Sinneswandel. Wir GRÜNEN hatten die Erhöhung der Essensentgelte für die Schülerinnen und Schüler abgelehnt und sehen sowohl den Aspekt, dass es für die Eltern bezahlbar sein muss und gerade für Eltern mit mehreren Kindern einfach nicht finanzierbar ist, ein gesundes und nachhaltiges Verpflegungsangebot in den Schulen zu bekommen. Es gibt auch noch den pädagogischen Aspekt, denn das Mittagessen in der Ganztagschule ist ja nicht nur reine Nahrungsaufnahme, sondern ist auch ein Teil des pädagogischen Konzeptes, gehört auch mit dazu. Nicht umsonst bekommen auch die Kinder in den Kindergärten automatisch in den Beiträgen das Essen mit dabei. In der Ganztagsgrundschule wird Wert darauf gelegt, dass alle Kinder sich beteiligen, weil das Essen auch ein Gemeinschaftserlebnis ist, auch eine pädagogische Aufgabe in der Ganztagsgrundschule. Von daher freuen wir uns wirklich über den Sinneswandel und stimmen selbstverständlich auch dem SPD-Antrag zu. Wir haben schon das letzte Mal die Erhöhung abgelehnt.

Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke): Ich möchte hier noch ergänzen, weil sich hier CDU und GRÜNE auf den SPD-Antrag beziehen, dass hier zwei Anträge von SPD und Linke exakt die gleichen sind. Es sind also zwei Anträge. Ich meine, die können zusammen abgestimmt werden und auch ruhig benannt werden, dass hier wohl zu den beiden Anträgen gestimmt wird und nicht immer nur zu dem einen.

Ich freue mich übrigens, dass weitere Fraktionen im Rahmen der Debatte hier und nicht nur in der Vorberatung sich geeinigt haben, sondern dass es möglich war, eine Dynamik zu erreichen, dass auch noch in der laufenden Sitzung Veränderungen passieren. Das finde ich sehr gut.

Stadtrat Braun (KULT): Ich zitiere aus der Antragsbegründung: „Die SPD setzt sich seit jeher für Bildung unabhängig vom Geldbeutel der Eltern ein“. Dieser Satz hat meine Fraktion und mich doch verwundert. Immerhin stimmte die SPD im HSPKA doch noch für die Erhöhung. Bei der CDU dasselbe in schwarz. Aber ich will ihnen keinen Vorwurf machen, denn besser kommt die Einsicht spät als eben nie. Junge Familien sowie allein erziehende Mütter und Väter sind ohnehin an der finanziellen Belastungsgrenze. Wir müssen alles dafür tun, Eltern und ihre Kinder zu entlasten, statt sie zusätzlich zu belasten. Auch eine auf dem Papier gering wirkende Erhöhung wirkt sich für viele Betroffene enorm aus. Es geht heute darum, auch in finanziell schwierigen Zeiten ein Zeichen zu setzen, dass wir die Eltern nicht alleine lassen. Das falsche Signal geben wir, wenn wir selbst bei den Kleinsten und bei Familien sparen. Dieses Signal möchte meine Fraktion nicht senden. Wir sahen das auch im HSPKA schon so, mittelfristig muss das Ziel sein, die Elternanteile zu senken statt sie weiter zu erhöhen.

Der Vorsitzende: Das war die letzte Wortmeldung. Wir können beide Anträge gemeinsam abstimmen. Ich bitte um das Kartenzeichen. - Das ist eine Mehrheit, fast einstimmig **angenommen**.

(...)